Rechnungsprüfungsbericht für die Grüne Jugend Berlin für das Haushaltsjahr 2022

Rechnungsprüfer*innen: **Marlene** und **Jannis**

Schatzmeister: **Lukas**

Liebe Grüne Jugend,

mit dem folgenden Rechnungsprüfungsbericht möchten wir, die Rechnungsprüfung, euch einen Überblick über die finanziellen Geschäfte der Grünen Jugend Berlin im Geschäftsjahr 2022 geben. Das betrifft sowohl den aktuellen Landesvorstand sowie den vorherigen.

Lukas, der derzeitige Schatzmeister, stand uns für Rückfragen leider nur sehr rar zur Verfügung.–Grundsätzlich gab es folgende Sachverhalte, die wir erwähnenswert finden, beziehungsweise bemängeln oder auch positiv hervorheben möchten:

- Der Rechnungsordner wurde der Rechnungsprüfung unvollständig und durcheinander übergeben. Das zeugt von mangelnder Professionalität in der Buchhaltung und Respektlosigkeit gegenüber dem von der Landesmitgliederversammlung gewählten Mitgliedern der Rechnungsprüfung. Die Kommunikation und der Umgang mit der Rechnungsprüfung waren sehr unzuverlässig. Mehrfach musste nachgehakt werden, Informationen waren nicht vorhanden (beispielsweise alter Rechnungsprüfungsbericht) und die Fristen konnten nicht eingehalten werden bzw. wurden erst sehr kurzfristig kommuniziert.
- Die Schatzmeisterei hat der Rechnungsprüfung kein Gender-Budgeting vorgelegt. Das ist ein klarer Bruch mit unseren Finanzgrundsätzen und muss vom gesamten Landesvorstand aufgearbeitet werden.
- Nach dem eigentlichen Termin für die Rechnungsprüfung am 29.3 wurde Nachbesserung gefordert, da zum diesem Stand keine Entlastung möglich gewesen ist. Dies Chance wurde nicht genutzt. Bis zur Fertigstellung des Berichtes konnten keine relevanten Mängel behoben werden.

- Wir haben positiv festgestellt, dass es im gesamten Geschäftsjahr keine Mahnungen wegen versäumter Rechnungszahlungen gab.
- Es wurden Fortbildungskosten für Mitarbeiter*innen übernommen.
- Die Barrierefreiheit wurde in der LGS verbessert. Außerdem wurde dafür sorgegetragen, dass auf der Landesmitgliederversammlung eine barrierefreie Toilette zu Verfügung stand, die dafür extern organisiert wurde.
- Beim Kauf von Kaffee oder Büro- und Verbrauchsmaterialien für die LGS wurde auf die Nachhaltigkeit geachtet.

- Es gab wieder Probleme bei der Amtsübergabe mit dem Zugriff auf das Konto der GJB, viele Rechnungen und Kostenerstattungsanträge aus 2022 sind erst 2023 überwiesen worden. Hier gilt es Lösungen zu finden, dass dies nicht alle Jahre wieder passiert.
- Bei wenigen Kostenerstattungsanträgen fehlten Originalbelege. Hier darf eigentlich keine Erstattung erfolgen. Bitte achtet zukünftig darauf die Originalbelege unbedingt mit einzureichen!

- Bei dem Thema Honorarverträge gilt es sich an die Regeln der Finanzordnung zu halten. Zu einem ausgehandelten Honorar gehört immer ein Honorarvertag und eine korrekt gestellte Rechnung dazu.
- Die Unterschriften auf Kostenerstattungsanträgen der Schatzmeisterei fehlte superhäufig, wir bitten diese (falls vergessen) für die Nachvollziehbarkeit nachzutragen. Ggf. kann auch die Politische Geschäftsführung als Stellvertretung unterschreiben.
- Auf mehreren Kostenerstattungsanträgen fehlen die Kostenstellen. Wenn diese nicht ausgewiesen werden, fehlt die Nachvollziehbarkeit über welchen Posten im Haushalt die abgerechnet werden. Das erschwert die Arbeit der Rechnungsprüfung unnötig.
- Es werden Materialien über die GJB abgerechnet, die nach dem Gebrauch nicht in unseren Bestand übergehen. Wir fordern, dass zukünftig von der GJB bezahlte Materialen nach dem Gebrauch wieder in der LGS landen. Damit bündeln wir unsere Ressourcen und sorgen dafür, dass diese auch anderen Mitglieder für Aktionen zur Verfügung stehen.
- Generell lässt sich dieser Trend aber auch beobachten bei Technik und anderen Wertgegenständen. Es verschwinden immer wieder Sachen und Wertgegenstände aus der LGS. Hier bedarf es gelebter Konzepte, wie die Technik zusammengehalten werden kann. Wie kann es sein, dass Beamer für mehrere hundert € verschwinden? In der Zukunft sollten Konzepte wie “Technik Protokolle” eingeführt werden.
- Die Regelung für die Abrechnung der Fahrtkosten mit der Deutschen Bahn sollte in der Finanzordnung so geändert werden, dass wir alle Kosten übernehmen oder, dass wir wirklich nur noch zum Bahncard 50 Tarif Kosten erstatten. Die jetzige Praxis verstößt gegen die Finanzordnung.
- Abrechnungen von Bezirksgruppen müssen getrennt gestellt werden, da das Geld ja auch aus getrennten Töpfen genutzt wird.
- Kostenerstattungsanträge müssen fristgerecht eigereicht und abgerechnet werden, dass betrifft im Jahr 2022 sowohl die Antragsteller als auch die Schatzmeisterei.
- Der Rechnungsordner muss quartalsweise bei den Grünen eingereicht werden, damit jeweils ein Anteil des Zuschusses frei gegeben werden kann. Zudem fehlen uns stand jetzt 6.000€ Zuschuss der Grünen Berlin. Dem sollte unbedingt nachgegangen werden.
- Bei der Herbst Landesmitgliederversammlung (LMV) wurde für sehr viel Geld eine Übertragung via Livestream organisiert und in Auftrag gegeben. Der LMV-Topf war nach der LMV bereits mit den sonstigen Kosten ausgeschöpft. Hier muss hinterfragt werden, wie sinnvoll diese Ausgabe war und für die Zukunft sollten solche Ausgaben deutlich besser geplant werden.
- Die Kopierkosten für die Namenschilder auf der Landesmitgliederversammlung waren sehr hoch. Wir empfehlen bei externen Ausdrucken besonders die Verhältnismäßigkeit zu achten.
- Die Kontrolle der Aufwandsentschädigung wurde durch eine Satzungsänderung deutlich undurchsichtiger. Wir bitten hier nachzubessern oder eine Übersicht für die Rechnungsprüfung standardmäßig zu erstellen.
  Darüber hinaus wurden vom aktuellen Landesvorstand keine Aufwandsentschädigungen anteilig für das Jahr 2022 gestellt und ausbezahlt. Aufwandsentschädigungen müssen immer für das jeweilige beantragt werden. Wie jetzt damit umzugehen ist muss mit dem Finanzreferat der Grünen Berlin abgesprochen werden.
- Die Finanzordnung wurde in Bezug auf Überziehung Posten und dem korrekten Anmelden von Überziehungen nicht beachtet. Das ist fahrlässig und entspricht nicht den Regelungen, die unsere Finanzordnung vorgibt.
- Eine große Baustelle haben wir beim Thema Essen und Trinken feststellen müssen.

- Bei Gremientreffen, die in Cafés stattfinden sollte über die Verhältnismäßigkeit bei der Café Wahl und der verzehrten Spesen besser berücksichtigt werden. Dabei gilt es besonders die Schatzmeisterei nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Hier ist es wünschenswert unverhältnismäßige Kostenerstattungsanträge in Zukunft ggf. zurückzuweisen.
- Die Kosten für Verpflegung pro Person darf die 10€ pro Person/Grenze in der Regel nicht überstreiten. Im Jahr 2022 lässt sich der Trend beobachten, dass häufig an die für 10€ pro Person Grenze für Verpflegung orientiert, wurde als Normalzustand. Ebenso hat es sich etabliert, dass Einkäufe besonders bei Rewe oder Edeka getätigt werden, dass begünstigt, dass die Einkäufe in der Regel teurer sind.
- Es wurden im Vergangenen Jahr sehr viele Getränke über das Unternehmen Flaschenpost bestellt. Diese Praxis ist erst einmal einfach und bequem. Dennoch ist dieses Unternehmen doch nicht unkritisch zu betrachten. Hier sollten Alternativen geprüft werden. Darüber hinaus ist die Menge an Getränken unserer Ansicht nicht mehr verhältnismäßig und sollte zukünftig wieder abnehmen, außerdem sehr viele zuckerhaltige Getränke….
- Es wurden mehrfach auch nicht Vegane Essen/Verpflegung abgerechnet…
- Wir begrüßen, dass auf Landesmitgliederversammlungen kostengünstig gekocht wird. Hierbei hätten wir eine Anregung, um Geld zu sparen. Es sollten auf Großpackungen gesetzt werden, damit nicht immer wieder kleine Mengen teuer eingekauft werden müssen.
- Es wurden bei der AGH-Fraktionsklausur für Landesvorstand -Mitglieder Kosten übernommen. Hierzu sind einige Fragen offen in Bezug auf Getränkepauschalen (wir können keinen Alkohol abrechen, es ist nicht ersichtlich, ob alkoholische Getränke in der Pausschale enthalten waren) und es wurden der GJB auch für gebuchte aber nicht in Anspruch genommene Leistungen Geld berechnet. Zu diesem Punkt fehlen uns aber weitere Informationen, die den Sachverhalt entschärfen könnten. Generell muss aber rekapituliert werden, ob Klausurkosten in einer solchen Höhe angemessen sind und ggf. Verhandelt werden, dass solche Kosten zukünftig von den Grünen übernommen werden. @GrüneBerlin @GrüneFraktion
- Bis zum Ende der Rechnungsprüfung konnte der oben beschriebene Sachverhalt bezüglich der Rechnung nicht geklärt werden. Auf der Rechnung über 200€ befindet sich mehrfach der Kommentar “No Show”. In Zukunft sollte darauf geachtet werden, dass bei Klausuren auch Vertretungen erscheinen können – dieser Sachverhalt muss dringend noch geklärt werden!

- Rechnungen & Anträge sollten grundsätzlich lesbar eingereicht werden. Zudem fehlt häufig die Nachvollziehbarkeit des Erstattungsgrundes. Wir bitten erneut, dies zu beachten und in der Zukunft zu verbessern. In letzter Konsequenz sollten Kostenerstattungsanträge von der Schatzmeisterei zurückgewiesen und neu gestellt werden.
- Ausgaben (Banner und Sprühkreide) sollten geknüpft sein an Aktionen damit die Verwendung in jeden Fall nachvollziehbar ist. Falls größere Mengen angeschafft werden, angeben wofür diese Verwendet werden sollen und nicht „Vorrat LGS“.
- Bei der Abrechnung von Schokolade oder Tee als Geschenke müssen auch die Namen der betreffenden Personen notieren werden, damit die 10€ Grenze für Aufmerksamkeiten nicht überschritten wird (Geschenken haben eine Mindestgrenze von max.10€ pro Person/ pro Jahr).

- Es wurden im Geschäftsjahr 2022 mehrfach Autos zu Transportzwecken gemietet. Diese waren alle Verbrenner. Das Angebot an Charing E-Autos wurde in den letzten Jahren erneut ausgebaut, daher sollte in den nächsten Jahren darauf geachtet werden, dass wir zukünftig auf nachhaltige Alternativen zurückgreifen.

Insgesamt können wir festhalten, dass wir, die Rechnungsprüfung in diesem Jahr wirklich unzufrieden mit der Haushaltsführung, wegen der oben beschriebenen Punkte sind.

Nach der Durchführung der Rechnungsprüfung sehen wir insbesondere Probleme bei der ordnungsgemäßen Haushaltsführung und einer Ausgewogenheit der Ausgaben der GJB.

Finanzen und die korrekte Verwendung von unseren finanziellen Mitteln, gehen alle Landesvorstand - und GJB-Mitglieder etwas an.

Festzustellen ist, dass mit nicht Satzungsgemäßer Haushaltsführung nicht leichtfertig umgegangen werden kann. Wir empfehlen daher eine bessere Unterstützung der Schatzmeisterei in administrativer Arbeit, einen Kontozugang auch für die Politische Geschäftsführung und eine bessere Zusammenarbeit mit dem Finanzreferat der Grünen LGS. Generell empfehlen wir ein besseres Wissensmanagement langfristig zu etablieren und kurzfristig braucht die Schatzmeisterei dringend Hilfe, um arbeitsfähig zu werden.

Darüber hinaus sollte der Landesvorstand Konzepte entwickeln, wie es gelingt Treffen ohne „Essen oder Getränke“ attraktiv zu gestalten. Für Klausurtagungen und Arbeitstreffen gilt natürlich in diesem Fall eine Ausnahme, aber dennoch sollte die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Insbesondere bei Gremien Treffen sollten nicht unbedingt die 10€ pro Person Grenze ausgereizt werden. In dem Fall, dass Gelder für Verpflegung ausgegeben werden, sollten diese Treffen allen berechtigten Mitgliedern auch offenstehen.

Die Rechnungsprüfung empfiehlt der Landesmitgliederversammlung, den Landesvorstand für das Haushaltsjahr 2022 nicht zu entlasten.

Berlin, 11.04.2023

Die Rechnungsprüfer*innen

Jannis & Marlene